

Kolumne : wieviel Lehrgeld will Europa in Albanien bezahlen?

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **91 (1997)**

Heft 6

PDF erstellt am: **14.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wieviel Lehrgeld will Europa in Albanien bezahlen?

Dass Europa gegenüber dem auseinanderfallenden Jugoslawien versagt hat, wird heute von fast niemandem mehr bestritten. «Formidables Nichtstun und schliesslich Flucht in informelle Zirkel», lautet die Bilanz der ZEIT (16.5.97). Es zeigte sich, dass die Europäische Union nicht an zu viel Europa, sondern an zu viel nationalem Eigensinn und zu wenig genuin europäischem Denken und Handeln krankt. Statt 1990 ein europäisches – nationale Interessen überschreitendes – Ziel zu formulieren, zerfiel die EU in die alte Konkurrenzpolitik der vier grossen europäischen Mächte, die von 1848 bis 1945 nicht nur für den Balkan verheerende Folgen hatte und mehr als 100 Millionen Menschen in Europa das Leben kostete.

«Vom Kollektivismus zur Raubökonomie»

Bisher noch wenig ins öffentliche Bewusstsein gerückt ist die Gefahr, dass Europa gegenwärtig ein zweites Mal zu versagen droht – in Albanien. Manches deutet daraufhin, dass Albanien für Europa zu einem *Testfall* werden könnte, der noch viel Lehrgeld kosten dürfte, wobei noch unklar ist, in welcher Währung dieses Lehrgeld bezahlt werden müsste.

Doch zuerst zu den *Fakten*. Einige sind bekannt: 1912 und 1920 scheiterten Versuche, Albanien als unabhängigen, demokratischen Staat zu konstituieren, an Diktaturen und an der Besetzung durch kriegführende Mächte. Von 1944 bis 1985 litt die Mehrheit der Albanerinnen und Albaner unter Enver Hodjas ebenso weltfremder wie weltferner Diktatur. Das Land galt als das unbekannteste Armenhaus Europas.

Seit 1992 herrscht wieder ein Mann des Ancien Regimes, Sali Berisha. Er liess den Sozialistenchef (Ex-Kommunisten) Fatos Nano, im ersten Halbjahr 1991 immerhin vier Monate Premierminister des «neuen Albanien», vier Jahre im Gefängnis schmoren. Im November 1994 lehnte eine Mehrheit des albanischen Volkes den autoritären Verfassungsentwurf Berishas ab. Die nationalen Wahlen vom Frühjahr 1996 waren offensichtlich unfrei und manipuliert. Seither herrscht Berishas «Demokratische Partei» gleichsam als *Einparteienregime* mit mehr als absoluten Mehrheiten.

Auch die wirtschaftlichen Daten machen es schwer verständlich, weshalb Albanien im Sommer 1995 trotz allem in den Kreis des *Europarates* aufgenommen worden war. Zwar brach nach 1989 in Albanien die prekäre industrielle und landwirtschaftliche Produktion völlig zusammen, doch der *materielle Reichtum* schien dennoch zuzunehmen: Mit dem Bau und der Erneuerung der Häuser wurde begonnen, Autos machten alle Wege unsicher, die Zahl der Satellitenschüsseln schien in einigen Städten die Zahl der Bäume weit zu übertreffen.

Für den sizilianischen Ökonomen Tonino Perna lautet die Rechnung: «Rund ein Viertel des Volkseinkommens stammt aus Geldüberweisungen aus dem Ausland, ein weiteres Viertel aus der illegalen Ökonomie, während die Auslandhilfe noch einmal zehn Prozent ausmacht» (WoZ, 14.3.97). Aus der *Schweiz*, für die Albanien ein «Schwerpunktland» der Entwicklungszusammenarbeit ist, stammten während sechs Jahren 70 Millionen Franken. Im Zentrum seiner Bilanz spricht Tonino Perna von einer «destillierten Form des Casino-Kapitalismus»: «Die albanische Wirtschaft ist,

innert weniger Jahre, von einem verzweifelten Kollektivismus zu einer modernen Raubökonomie transformiert worden, in welcher die Sphäre der Geldzirkulation jene der realen Produktion überwiegt, in welcher mittels finanzieller Spiele (der Pyramiden), der politischen Korruption und der Illegalität grosse Vermögen geschaffen und grosse Vermögen zerstört werden.»

Implosion eines Staates

Im Winter 1996/97 brach das Kartenhaus zusammen. Viktor Ruffy nannte dazu in seinem Bericht an die Parlamentarische Versammlung des Europarates zwei bezeichnende Zahlen: Das albanische Brutto-sozialprodukt bezifferte sich auf ungefähr drei Milliarden Dollar, während die Summe der Kredite aller dieser «*Pyramidengeschäfte*» fast zwei Milliarden Dollar erreichte. Über zwei Drittel der albanischen Bevölkerung sahen sich in den vergangenen Monaten mit der Tatsache konfrontiert, dass sie alle ihre Ersparnisse und fast alle ihre materiellen Lebensgrundlagen verloren. Für Viktor Ruffy ist klar: «Würde in unseren Ländern ein derartiger Kollaps passieren, gebe es zweifellos ebenso einen Volksaufstand!»

Wobei mir unklar ist, ob tatsächlich von einem «*Volksaufstand*» gesprochen werden kann. Besser wäre wohl von einer «Implosion» des Staates, einer Atomisierung der Gesellschaft die Rede. Der in Barcelona im Exil lebende Filmschaffende Bashkim Shehu, im «alten» wie im «neuen» Albanien ebenso verfolgt, spricht mit Emile Durkheim von einer «Anomie», einer «Situation nämlich, in der die Negativ-Utopie des Thomas Hobbes vom Menschen im Urzustand Wirklichkeit geworden ist» (Weltwoche, 7.5.97). Wobei es sich um einen unglaublich brutalen und armseligen Urzustand handelt, in dem Menschen sich höchstens noch vom Clan oder von der Sippe getragen fühlen, was mit Geborgenheit und Freiheit rein gar nichts zu tun hat.

Einen Einblick in diese für uns unfassbare Welt gewährte mir die Beobachtung

von zwei kommunalen «Wahlgängen» im vergangenen Oktober, wobei ich im nachhinein bedaure, dass ich nicht entschiedener auf die unübersehbaren Symptome des staatlichen und gesellschaftlichen «*Zerfalls*» – es ist eine offene Frage, ob etwas, das gar noch nicht richtig werden konnte, überhaupt schon «zerfallen» kann – hingewiesen und den Europarat nicht noch viel mehr gedrängt habe, diese zu ergründen und politisch präventiv tätig zu werden.

Was hat die internationale Gemeinschaft seither getan? Sie half humanitär, dem Roten Kreuz sei grosser Dank. Sie linderte die grössten unmittelbaren Katastrophen. Und sie entsandte wie immer Truppen – Kostenpunkt pro Tag über eine Million Franken! Und sie verlangt baldige *Wahlen*. Letzteres ist ebenso richtig – der gegenwärtigen politischen Macht fehlt nicht nur die Gestalt, sondern auch die demokratische Legitimität – wie falsch. Denn wie ist an eine faire Auseinandersetzung um Parlamentssitze zu denken, wenn nicht einmal der Premierminister sich im Land frei bewegen kann und der Neodiktator bereits wieder ein Wahlgesetz durchgeboxt hat, das nur seine eigene Partei nicht an den Boykott der Wahlen denken lässt?

Die *Hilflosigkeit Europas* ist augenfällig. Deutschlands Aussenminister Kinkel meint, «die Albaner müssten ihre Verantwortungen selber tragen»; Österreichs Ex-Bundeskanzler und OSZE-Beauftragter Vranitzky droht mit dem Entzug der ohnehin zu spärlichen westlichen Hilfe...

Europa und die Weltgemeinschaft brauchten zusätzliche *zivilistische Instrumente*. Beispielsweise zum Aufbau einer zivilen Gesellschaft, das heisst einer Gesellschaft handlungsfähiger Menschen. Beispielsweise zur Versöhnung unendlich zerstrittener, weil das Lebensnotwendigste entbehrender Menschen. Beispielsweise zum Aufbau einer Staatlichkeit, welche nicht einfach die Beute irgendwelcher irgendwie an die «Macht» gekommener Existenzen darstellt. Je eher wir uns dessen bewusst werden, desto eher können wir Albanien – und nicht nur ihm tatsächlich helfen.

Andreas Gross